

■ Lange Schlangen vor den Wahllokalen: Am Nil kehrt der Glaube an den geordneten Weg in eine Demokratie zurück

AMIRA EL AHL  
KAIRO

Schon am frühen Mittwochmorgen ist es drückend heiß in Kairo Straßen. Trotzdem zieht sich vor den Türen der Kunstschule im noblen Stadtteil Zamalek eine lange Schlange der Bürgersteig entlang. Die Menschen stehen geduldig an, um hier ihre Stimme abzugeben. Sie wissen, dass sie Stunden brauchen werden, um ihr Kreuzchen zu machen. Trotzdem halten sie durch. Sie drücken sich in den Schatten der alten Bäume, die den Bürgersteig säumen, und hoffen auf etwas Abkühlung. Wer alleine gekommen ist, liest in einem Buch oder hört Musik. Viele haben sich kleine Klappstühle mitgebracht.

Mehr als 50 Millionen Ägypter waren in den vergangenen zwei Tagen aufgerufen, einen neuen Präsidenten zu wählen. Zum ersten Mal in der 5000-jährigen Geschichte des Landes durften die Ägypter zwischen elf Kandidaten frei wählen. Viele erhoffen sich 13 Monate nach dem Sturz Husni Mubaraks von dieser Wahl einen Neuanfang für die Nilrepublik. Der zukünftige Präsident muss das Land befrieden, stabilisieren und versöhnen. Ein starker Mann muss es sein, der die dringendsten Probleme – Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Bildung – sofort angeht.

Als Diaa Maher aus dem Wahllokal in Zamalek tritt und sich die tropfende Tinte vom kleinen Finger wischt, schaut er zufrieden. Der 58-jährige Manager hat für Ahmed Schafik gestimmt, den letzten Premierminister unter Mubarak. „Ägypten braucht einen Mann mit Erfahrung, jemanden, der etwas aggressiv ist und einen starken Charakter hat“, sagt Maher, während er die grünen Kugeln seiner Sibha, der muslimischen Gebetsperlenkette, in seiner Hand dreht. Dass Schafik ein „Feloul“, ein Mann des alten Regimes ist, wie es ihm die Revolutionäre vorwerfen, lässt Maher nicht gelten. „Man kann doch nicht jeden, der Teil dieses Regimes war, verurteilen.“

Für die Revolutionäre aber sind weder Schafik noch Amr Mussa, Ex-Außenminister unter Mubarak und Ex-Chef der Arabischen Liga, wählbar. In ihren Augen sind sie das Schlimmste, was dem Land passieren könnte. Am ersten Wahltag gab es mehrere Demonstrationen gegen die beiden alten Männer des Regimes, und Schafik wurde sogar angegriffen.

Auf der anderen Seite des Nils, ein paar Kilometer von Zamalek entfernt, stehen Hunderte Frauen in der sengenden Hitze vor einem Wahllokal. Kein Baum säumt hier die große, staubige Hauptstraße. Imbaba ist eines der ärmsten Viertel der 20-Millionen-Metropole. Hier leben die einfachen Ägypter, die tagsüber auf der anderen Seite des Nils die reichen Ägypter bedienen und ihre Wohnungen putzen und abends in ihre bescheidenen Unterkünfte zurückkehren. Um sich vor der Maisonette zu schützen, halten sich die meisten ein Stück Karton über den Kopf. Auch sie wissen, dass es Stunden dauern kann, bis sie von den Wahlhelfern und Soldaten, die den Ablauf der Wahlen regeln, in die Station gelassen werden. Doch sie halten aus.



Eine Ägypterin umarmt in dem Kairoer Stadtviertel al-Hamara einen Soldaten, nachdem sie ihre Stimme abgegeben hat

## „Hier zu stehen ist eine Ehre“

Die Präsidentschaftswahl in Ägypten erfüllt die Menschen mit Stolz und eint sie

„Wir haben überall Warteschlangen in diesem Land, wir sind daran gewöhnt“, sagt Fatma Hamouda. Die 30-jährige Lehrerin hat schon ihre Stimme abgegeben. „Wir stehen täglich Stunden für Brot an, um Gas zu bekommen oder Benzin, das ist ein Problem. Aber hier zu stehen ist gut, es ist eine Ehre.“ Ihre Stimme wird mit jedem Wort lauter, leidenschaftlicher. „Schaut euch diese Frauen an“, ruft sie erregt. „Die meisten können nicht lesen und schreiben, aber sie nehmen ihr Recht wahr, ihre Stimme abzugeben.“

An der Misere der Ägypter seien Mubarak und seine Mitstreiter schuld, sie hätten die Verantwortung dafür zu tragen, dass so viele Ägypter keine Bildung hätten, keine Arbeit, das totale Chaos im Lande herrsche. „Aber wir sind gekommen, um das zu ändern, wir haben keine Angst mehr.“ Mittlerweile ist ihr Gesicht unter dem weißen Kopfschleier rot angefahren, kleine Schweißperlen stehen ihr auf der Stirn. Andere Frauen klopfen ihr auf die Schulter, versuchen, sie zu beruhigen. Wen sie gewählt hat, will sie nicht sagen. „Ein Mann, den ich mit meinem Gewissen vereinbaren kann. Mehr sage ich dazu nicht, denn ich will die Frauen hier mit meiner Wahl nicht beeinflussen.“

Dass es so etwas wie ein Wahlgeheimnis gibt, mussten die Ägypter wie vieles andere erst lernen. Aber sie haben schnell gelernt und machen von ihren Rechten Gebrauch. Auch die Wahl selber verlief we-

### EHEMALIGER KAMPFPILOT HAT GUTE CHANCEN AUF DIE MACHT AM NIL

Es war die **Überraschung** des Tages. Die meisten Beobachter berichteten, dass ein Kandidat wohl mehr Stimmen gesammelt hat als erwartet: **Ex-Premierminister Ahmed Schafik**. Immer wieder fiel sein Name bei der Frage, für welchen Kandidaten die Wähler gestimmt hätten. Asmaa Mohammed und ihre Tochter Karima Ali sehen auf den ersten Blick nicht aus wie die typischen Schafik-Wähler. Sie leben in Imbaba, einem ärmeren Viertel der Hauptstadt, und beide wählen zum ersten Mal überhaupt bei einer Präsidentschaftswahl. Die Mutter ist verschleiert, ihre Tochter bedeckt zusätzlich auch ihr Gesicht mit dem Nikab. **Islamisten** hätten sie deshalb noch lange nicht gewählt, sagen sie übereinstimmend. „Wir sind Muslime,

weil wir an Gott glauben, nicht an eine bestimmte Gruppe“, sagt Asmaa Mohammed. Die Familie hat einstimmig Ahmed Schafik gewählt: Töchter, Brüder, Ehemänner. „Bei ihm wissen wir, woran wir sind und wie es mit diesem Land weitergeht. Wir wollen **Stabilität**.“ So wie sie sehen es viele, die dem Chaos und der damit einhergehenden Unsicherheit der vergangenen 15 Monate mit der Wahl des erfahrenen Politikers ein Ende setzen wollen. Doch für die **Revolutionäre** ist diese Tendenz alarmierend, denn kein anderer Kandidat steht so sehr für das alte Regime, war so eng mit ihm verflochten. Sie gingen mit Anti-Schafik-Transparenten auf die Straße. Als er in einem Vorort von Kairo seine Stimme abgegeben hatte, wurde er **tätlich angegriffen**. Demonstranten warfen mit Steinen und Schuhen nach ihm – eine im Islam gebräuchliche Geste besonderer Abneigung. Der künftige Präsident, der die sechs Jahrzehnte lange Vorherrschaft von Staatschefs aus den Reihen des Militärs beenden soll, wird wohl erst nach einer Stichwahl am 16. und 17. Juni feststehen. Die Ergebnisse der ersten Wahlrunde werden bis Samstag erwartet. Ein amtliches **Endergebnis** dürfte erst am Dienstag bekannt gegeben werden. *mira*

Ahmed Schafik  
(70) war Minister und Premier unter Mubarak. Wird er nun Präsident?  
DPA/KHALED ELFIKI



## So kämpft Holland gegen Sozialhilfe-Betrüger

Auch Deutschland entstehen durch Erschleichung von Leistungen möglicherweise Milliarden Schäden

■ Straftaten werden aus politischen Gründen bislang oft nicht verfolgt

BORIS KÁLNOKY  
ISTANBUL

Ein Beitrag in der „Welt“ über ein aggressiveres Vorgehen holländischer Behörden gegen ausländische Sozialhilfebetrüger hat zu lebhaften Reaktionen der Leser geführt – insbesondere deswegen, weil die deutschen Behörden vor ähnlichen Problemen stehen, aber nichts dagegen unternehmen. Das Problem: zahlreiche Ausländer beziehen Sozialhilfe, obwohl sie in ihrem Herkunftsland Immobilien besitzen. Sie wären jedoch verpflichtet, diese Immobilien zu veräußern, bevor sie ein Recht auf Sozialhilfe haben. Nach Angaben von Experten ist das Phänomen vor allem bei Türken verbreitet. Die deutschen Behörden gehen nach eigenem Kundtun in Verdachtsfällen ausschließlich den diplomatischen Amtsweg, was aber nie zum Ergebnis führt, weil die türkischen Behörden mauernd. Holland experimentiert

dagegen mit Ermittlungen durch private Vermögensforscher. „Ich kann mir vorstellen, dass man das in Deutschland nicht an die große Glocke hängen will“, sagt ein in Deutschland ansässiger, türkischstämmiger Rechtsanwalt, der auf Vermögensforschung und Zwangsvollstreckung in der Türkei spezialisiert ist und namentlich nicht genannt werden möchte. Er schätzt, dass dem deutschen Staat allein durch Sozialhilfebetrug durch Menschen türkischer Herkunft jährlich ein Schaden von rund 250 Millionen Euro entsteht.

In Holland geht es um ähnliche Summen. Rund 330.000 Menschen erhalten dort Sozialhilfe. Durchschnittlich 12.000 Euro netto im Jahr. 45 Prozent davon sind sogenannte nicht westliche Ausländer. Stichproben ergaben, dass rund zehn Prozent von ihnen betrügen. Hochgerechnet wären das 14.500 Betrüger, die insgesamt jedes Jahr rund 174 Millionen Euro erschleichen. Laut einem holländischen Experten ist rund die Hälfte der „nicht westlichen“ Ausländer Türken.

Mehrere holländische Gemeinden haben Privatunternehmen beauftragt, die Betrüger quasi an den türkischen Behör-

den vorbei zu ermitteln; dabei will man nun neue Wege gehen, indem man vor Ort über einen Verbindungsmann türkische Rechtsanwälte einbindet.

Unter den in letzter Zeit aufgedeckten türkischen Fällen sind manche so extrem, dass man verstehen kann, warum die Behörden aggressiver vorgehen wollen. So besaß ein Ehepaar, das über mehrere Jahre rund eine Viertelmillion Euro an Sozialhilfe erhalten hatte, in der Türkei einen ganzen Mietwohnungskomplex. Ein anderes „bedürftiges“ Ehepaar besaß vier Wohnungen, drei Werkstätten und zwei Möbelgeschäfte.

Die holländischen Gemeinden geben jährlich 4,3 Milliarden Euro für Sozialhilfe aus; derzeit bestehen offene Forderungen auf Rückerstattung wegen Betrugs im Umfang von insgesamt 500 Millionen Euro.

Der in Deutschland ermittelnde Rechtsanwalt türkischer Abstammung kommt für Deutschland, wo die Ausländerquote unter den Hartz-IV-Empfängern geringer ist als bei der holländischen Sozialhilfe, auf „grob geschätzt 20.000 bis 25.000 Betrugsfälle wegen verschwiegener Vermögenswerte in der

Türkei“. Durchschnittlich kassieren die Betrüger mindestens 13.000 Euro pro Jahr. Das ergibt einen jährlichen Schaden von mindestens 260 Millionen Euro.

Solche Summen legen nahe, das Phänomen genauer zu untersuchen. Der Rechtsanwalt vermutet aber, dass die Höhe der Summe den Behörden aus politischen Gründen Angst macht, dagegen vorzugehen: „Die Behörde ist ja dann schon von Gesetz wegen verpflichtet, die erschlichenen Summen zurückzufordern. Da kommt man rasch auf 40.000 bis 50.000 Euro pro Fall. Wenn Sie das hochrechnen, kommen Sie auf Milliardenbeträge. Und nun stellen sie sich die Schlagzeilen vor: Deutschland fordert Milliarden von türkischen Sozialbetrüger. Das ist politisch und diplomatisch potenziell explosiv.“

Die meisten Betrugsfälle entstehen nach Meinung des Anwalts jedoch nicht mit ausgesprochen verbrecherischer Absicht. „In den meisten Fällen geht es um gescheiterte Existenzen, die aber noch ein Sommerhaus oder eine geerbte Wohnung in der Türkei haben, die man eigentlich angeben müsste, was man dann aber nicht tut, weil das erfahrungsgemäß

sentlich geregelter als noch die Parlamentswahl im November. In den Wahlstationen herrscht Ruhe. Der Vorsitzende Richter, in vielen Fällen auch eine Richterin, überwacht den Ablauf, teilt die Wahlzettel aus und kontrolliert die Identifikationsnummer. Auch die Wahlurnen sind professioneller. Statt der alten Holzkisten stehen nun in jeder Station große Plastikboxen, die von allen vier Seiten mit Siegeln verschlossen sind. Wenn die Box voll ist, kommt ein fünftes Siegel um den Verschluss des Deckels. Die Siegel tragen jeweils eine Seriennummer, die vom Vorsitzenden Richter notiert wird. So soll Wahlfälschung vorgebeugt werden.

In jedem Wahllokal sitzen Beobachter der Kandidaten, um Wahlmanipulation zu verhindern. Sarifa Tamer ist eine solche Beobachterin in einer Schule in Muhandessin, einem Stadtteil im Westen der Stadt. Sie gehört zur Kampagne des Muslimbruders Mohammed Morsi, der zu den Favoriten zählt. Sie sitzt seit acht Uhr am Morgen hier und geht erst, wenn am Abend die Türen der Station geschlossen werden. Da der Ansturm nach Sonnenuntergang erwartet wird, sind die Wahllokale teilweise bis 21 Uhr geöffnet. „Niemand weiß, wer diese Wahl gewinnen wird, und das ist ein gutes Gefühl.“ Eine Prognose wagt niemand. Nur so viel: Es gibt fünf Favoriten. Zwei von ihnen werden wohl in die Stichwahl am 16. und 17. Juni ziehen.

### AUSLAND

#### SYRIEN

#### Regierungsgruppen und Rebellen foltern

In Syrien haben sowohl Regierungsgruppen als auch oppositionelle Kämpfer Morde, Folter und Misshandlungen begangen. Zu diesem Schluss kommt der unabhängige, internationale UN-Menschenrechtsausschuss in einem aktuellen Bericht. Allerdings seien die Streitkräfte von Präsident Baschar Assad für einen Großteil der Verbrechen verantwortlich, hieß es darin. Seit Beginn der Kämpfe starben in Syrien nach Angaben der UN über 9000 Menschen. Unterdessen hat Burhan Ghaliun, der Präsident des oppositionellen Syrischen Nationalrats, angekündigt, Anfang Juni zurückzutreten. Der Führung des Syrischen Nationalrats wurde vorgeworfen, einzelne Mitglieder an den Rand zu drängen.

#### CHINA

#### Bruder des blinden Dissidenten flieht

Nach dem blinden chinesischen Bürgerrechtler Chen Guangcheng ist auch seinem älteren Bruder die Flucht aus dem Hausarrest gelungen. Chen Guangfu sei im Schutz der Dunkelheit aus seinem Heimatdorf geflohen und halte sich nun in Peking auf, teilte ein Anwalt der Familie mit. Chen Guangcheng war Ende April in die US-Botschaft geflohen, inzwischen ist er in die USA ausgewandert. Er befürchtet, dass die Behörden sich nach seiner Flucht an seiner Familie rächen könnten.

#### JEMEN

#### US-Außenministerium hackt Internetseiten der al-Qaida

Bei einer Cyber-Attacke gegen al-Qaida haben die USA nach eigenen Angaben propagandistische Internetseiten des Ablegers des Terrornetzwerks auf der Arabischen Halbinsel umprogrammiert. Experten des neu geschaffenen Zentrums für strategische Kommunikation des US-Außenministeriums hätten die Inhalte der Terror-Webseiten verändert, sagte Außenministerin Hillary Clinton. Dabei seien Inhalte, die mit der Tötung von Amerikanern prahlten, durch eine Auflistung der Opferzahlen bei Anschlägen der al-Qaida gegen Jemeniten ersetzt worden.

#### DAS PORTRÄT



### Der politische Ururenkel

Der Schriftsteller Leo Tolstoj hat über 200 Nachfahren. Alle paar Jahre trifft sich die große Familie. Beim letzten Mal kamen 120 Tolstojs aus aller Welt auf dem Landgut Jasnaja Poljana im Süden Russlands zusammen. Gastgeber war diesmal der Ururenkel des Schriftstellers, **Wladimir Tolstoj**. Seit Anfang der 90er-Jahre ist der 50-Jährige Direktor des Museums in Jasnaja Poljana und behütet den alten Familiensitz, in dem Leo Tolstoj seine Romane „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“ schrieb.

Nun bekommt Wladimir Tolstoj eine neue Aufgabe im Kreml. Wladimir Putin hat den Ururenkel des Schriftstellers zu seinem Berater für die Kulturpolitik ernannt. Ein einflussreicher Posten. Wladimir Tolstoj hatte bereits im Kulturministerium gearbeitet und unterstützte Putin zusammen mit anderen prominenten Sportlern, Künstlern und Schauspielern wie Anna Netrebko, Ewgeni Mironow oder Andrej Arschawin im Präsidentschaftswahlkampf. Letztes Jahr unterschrieb Tolstoj den „Brief der 55“ zum Fall des inhaftierten Ex-Milliardärs Michail Chodorkowski. Mit dem Dokument wollten Tolstoj und die anderen Unterzeichner dokumentieren, dass sie keine Zweifel daran haben, dass der inhaftierte Oligarch Chodorkowski rechtmäßig zu 13 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt wurde.

Wladimir Tolstoj sagt, er habe keine „ideologische Richtung“ und wolle lediglich den Interessen der Kultur und des Staates dienen. Ob er weiterhin Direktor des geliebten Familienmuseums bleibt, wird er bald entscheiden, das Museum werde aber das Werk seines Lebens bleiben. Und wegen des neuen Jobs von seinem Landsitz nach Moskau umziehen, nur um dem Kreml näher zu sein, wolle er auch nicht. *Julia Smirnova*